

der multimedia Gesellschaft für audiovisuelle Information mbH. Norddeutscher Rundfunk 1988

Muthny, F.A.: Krankheitsverarbeitung bei Kranken und Gesunden. In: Schüssler, G.; Leibing, E. (Hrsg.): Coping. Verlaufs- und Therapiestunden chronischer Krankheit. Göttingen 1994, S.17-34

NOT 1/2005, S. 38 f.

Pantke, K.-H.: Monsieur Noirtier de Villefort. In: Pantke; Knoop: Metamorphose. Das Locked-in Syndrom in der Literatur. Band 1, Berlin 2000, S. 6-8

Piorreck, Sigrune: Schwere Schädelhirntraumen bei Kindern. Verlauf und Therapie nach schwerem Schädel-Hirntrauma bei Kindern. In: Vereinigung der Bobath-Therapeuten Deutschland e.V. (Hrsg.): Info Blatt vom 14.11.1986, S. 5-20

Piorreck, Sigrune: Verlauf nach schwerem Schädelhirntrauma. Erfahrungen mit Kindern und Jugendlichen. In: praxis ergotherapie 4/1991, S. 132-138

Rensinghoff, C.: Selbstbestimmtes Leben nach schwerer Schädelhirnverletzung im Alter von 12 Jahren. In: Wild, K. R. H. von; Hömberg, V.; Ritz, Annegret (Hrsg.): Das schädelhirnverletzte Kind. Motorische Rehabilitation, Qualitätsmanagement. München 1999, S. 150 f.

Sommer, B.; Kuonath, C.: Biographie und Behinderung. Krankheit, Rehabilitation und Lebensgeschichte eines Jugendlichen in Selbstzeugnissen. Ein autobiographisch orientierter Forschungsansatz. Engelsbach bei Frankfurt am Main 2001

Rundschau

► Allgemeines

50 000 Vereine mehr als vor vier Jahren. Derzeit existieren rund 594 277 eingetragene Vereine in Deutschland. Das geht aus der aktuellen „Vereinsstatistik 2005“ hervor, die aus Daten der Vereinsregister in Deutschland gespeist wird und mit Zahlen aus den Jahren 2001 und 2003 vergleichbar ist. Danach gibt es fast 50 000 Vereine mehr als im Jahr 2001. Auf 1 000 Bürgerinnen und Bürger kommen rund sieben Vereine. Die Erhebung wurde in diesem Jahr erstmals im Auftrag des Bundesverbands deutscher Vereine und Verbände e.V. (bdvv) durchgeführt. Weitere Informationen unter www.bdvv.de Quelle: Paritätischer Rundbrief 11.2005

Willkommen in Berlin. Infopaket für Zuwanderer. Hrsg. Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration. Selbstverlag. Berlin 2005, Loseblattsammlung, EUR 2,- + Versandkosten *DZI-D-7242*

Das Willkommenspaket für Zuwanderer und Zuwandererinnen gibt Hilfestellung und listet Angebote auf, die für neue ausländische Mitbürger und Mitbürgerinnen wichtig sind. Diese reichen von Erstinformationen über Anmeldung, Wohnungssuche, Arbeitsmöglichkeiten bis zu Bildungsangeboten, Gesundheitsvorsorge oder Hilfen für Familien. Dieses Material soll Orientierung im politischen und sozialen Leben in Berlin zur Teilhabe an den Entscheidungen in der Stadt geben. Das Gesamtpaket wird in Deutsch und in sieben weiteren Sprachen vorgehalten: Arabisch, Englisch, Französisch, Polnisch, Russisch, Serbokroatisch und Türkisch. Es wird von der Ausländerbehörde oder vom Bürgeramt überreicht und kann auch beim Beauftragten für Integration und Migration des Senats von Berlin, Potsdamer Str. 65, 10785 Berlin abgeholt werden. Die Unterlagen sind auch kostenlos auf der Internetseite abzurufen: <http://www.Berlin.de/sengsv/auslb/publikationen/willkommen.html>

Friedwart Bruckhaus-Förderpreis 2005/2006. Die Hanns Martin Schleyer-Stiftung schreibt für wissenschaftliche und journalistische Arbeiten den Friedwart Bruckhaus-Förderpreis zum Thema „Wiederentdeckung des Gemeinwohls? – Die Verantwortung des Einzelnen in einem freiheitlichen Gemeinwesen“ aus. Angesprochen sind junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die zum Wettbewerbsthema bemerkenswerte Forschungen geleistet haben, sowie junge Journalistinnen und Journalisten, deren Presse-, Hörfunk- oder Fernsehbeiträge sich durch allgemein verständliche Darstellungen wissenschaftlicher Erkenntnisse und praktischer Erfahrungen ausgezeichnet haben. Vorgesehen sind drei Preise zu je 5 000 Euro. Die Bewerberinnen und Bewerber sollten bis zum 30. April 2006 das 32. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Einsendeschluss ist der 30. April 2006. Weitere Informationen unter www.schleyer-stiftung.de Quelle: Mitteilung der Schleyer-Stiftung

Engagement-Dachverbände. Die vier Dachverbände der Engagement fördernden Infrastruktureinrichtungen auf Bundesebene wollen enger zusammenarbeiten und ein gemeinsames Netzwerk gründen. Die Beteiligten treffen sich bereits seit 2001 zweimal jährlich, um ihre Aktivitäten zu koordinieren. Die vier Dachverbände sind: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa), Verband Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband, Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros (BaS) und Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen (DAG SHG). *Quelle: BBE-Newsletter 23.2005*

Fachkräftemangel bei weiterhin hoher Arbeitslosigkeit. Ohne zusätzliche beschäftigungspolitische Impulse ist auf mittlere Sicht kein spürbarer Rückgang der Arbeitslosigkeit zu erwarten, lautet das Ergebnis einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Eine Gegenüberstellung des zukünftigen Arbeitskräfteangebots und -bedarfs zeigt, dass in den nächsten Jahren weiterhin mit hoher Unterbeschäftigung zu rechnen ist. Erst im folgenden Jahrzehnt werden die demographische Entwicklung und der Anstieg der Erwerbstätigkeit die Arbeitslosigkeit deutlich vermindern. Nach der Langfristprojektion des IAB könnte sich bis 2020 die Unterbeschäftigung halbieren. Ohne verstärkte Bildungsanstrengungen besteht jedoch die Gefahr, dass es zu einem Fachkräftemangel bei immer noch hoher Arbeitslosigkeit kommt, warnen die Arbeitsmarktforscher und -forscherinnen. *Quelle: Presseinformation des IAB vom 9.12.2005*

Deutscher Fundraising-Kongress 2006. Mit internationalen Expertinnen und Experten aus Wirtschaft und Medien stellt sich der Deutsche Fundraising-Kongress 2006 in der Zeit vom 29. bis 31. März 2006 in Magdeburg den neuen Herausforderungen des Spendenmarktes. Über 500 Teilnehmende haben in rund 80 Workshops, Foren und Seminaren die Möglichkeit, das Know-how von Fachleuten zur Optimierung ihrer Fundraisingpraxis zu nutzen. Im Mittelpunkt des Kongresses steht die zunehmende Bedeutung des integrierten Fundraising. Die Programmvorshau ist bereits erschienen und steht unter www.fundraising-kongress.de zum Download bereit. Bei Anmeldung bis zum 13. Januar 2006 wird für Frühbuchende ein Nachlass gewährt. Anmeldung: Kongressbüro neues handeln GmbH, Tel.: 02 21/160 82-0, E-Mail: info@fundraisingkongress.de

► Soziales

Barrieren im Alltag abbauen. Mit der „Agentur Barrierefrei“ will die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen helfen, Barrieren für behinderte Menschen abzubauen. Das Projekt berät kostenlos Interessenverbände Betroffener sowie Stadt- und Kreisverwaltungen, Krankenhäuser und soziale Einrichtungen. Es bietet Checklisten und Workshops an und hilft, bürgerfreundliche, praktikable und kostengünstige Lösungen zur Herstellung von Barrierefreiheit umzusetzen. Die „Agentur Barrierefrei“ ist ein Beitrag der Landesregierung zur Umsetzung des nordrhein-westfälischen Behindertengleichstellungsgesetzes, das seit 2004 in Kraft ist und den Abschluss von Zielvereinbarungen zwischen Behindertenverbänden und Kommunen vorsieht, um bauliche Barrieren im öffentlichen Raum zu verringern und öffentlich gestaltete Lebensbereiche Schritt für Schritt für alle zugänglich und nutzbar zu machen. *Quelle: Presse-*

information des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 6. Dezember 2005

Beteiligung des Bundes an Unterkunftskosten. Die Arbeitsministerin von Rheinland-Pfalz begrüßte die Ankündigung des Bundesarbeitsministers, dass sich der Bund auch im Jahr 2006 wie zugesagt mit 29,1% an den Kosten der Unterkunft im Rahmen des Arbeitslosengeldes II beteiligen wird. Ursprünglich hatte der Bund diese im Gesetz zum Arbeitslosengeld II vorgesehene Beteiligung an den Kosten der Kommunen für überhöht gehalten und eine weitaus niedrigere Beteiligung angekündigt. 2006 soll nach Mitteilung des Bundesarbeitsministers die Neuordnung der Finanzierung ab 2007 erarbeitet werden. *Quelle: Pressedienst des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit von Rheinland-Pfalz Nr. 181-4/05*

Erste Schritte in der Schuldnerberatung. Eine Beratungshilfe für Fallmanager. Hrsg. Projekt „Schuldnerberatung“ an der Fachhochschule Potsdam. Selbstverlag. Potsdam 2005, 32 S., EUR 1,50 *DZI-D-7344* Studentinnen des Fachbereichs Sozialwesen der Fachhochschule Potsdam befassten sich in dem Projekt „Schulden und Schuldnerberatung“ unter Leitung ihrer Professorin mit den Ursachen der Verschuldung von Haushalten sowie mit Entschuldungsmöglichkeiten. In praktischen Übungen wurden Beratungssituationen nachgestellt. Als Abschlussarbeit verfassten die Studentinnen die vorliegende Broschüre. Diese gibt Beraterinnen und Beratern die Möglichkeit, Betroffene kompetent zu unterstützen und Aufklärungsarbeit innerhalb des Problemkreises zu leisten. Außerdem werden die Aufgaben einer Schuldnerberatungsstelle erläutert. Bestellanschrift: Prof. Dr. Ingrid Schulz-Ermann, Fachhochschule Potsdam, Fachbereich Sozialwesen, Postfach 60 06 08, 14406 Potsdam

Stiftung Warentest untersuchte Hartz IV. Die Stiftung Warentest untersuchte im Herbst 2005, wie es den Arbeitslosen seit der Einführung des Arbeitslosengeldes II seit Januar 2005 in den Arbeitsagenturen und -gemeinschaften ergangen ist. Ihr Fazit: Arbeitslose mussten lange auf ihr Geld warten, bekamen nur selten Maßnahmen zur Förderung und Qualifizierung angeboten, Unterlagen verschwanden, Bescheide waren fehlerhaft. Ein Rat der Warentestrinnen und -tester: Bei Zweifeln sollte Widerspruch eingelegt werden. Die Bundesagentur für Arbeit sagte dazu, dass die Befragung keine neuen Erkenntnisse bringe. Die Schwierigkeiten zu Jahresbeginn habe man nie abgestritten. Mittlerweile seien die Anlaufprobleme behoben. Außerdem stellt die Behörde in Frage, ob die Umfrage repräsentativ ist. *Quelle: ver.di Publik 12.2005*

Wohngeld 2004. Bis Ende des Jahres 2004 erhielten in Deutschland rund 3,5 Mio. Haushalte Wohngeld, das sind 9 % aller privaten Haushalte. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Empfängerhaushalte um 4 % gestiegen. Wohngeld ist ein von Bund und Ländern getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Es wird Mieter und Eigentümern gezahlt, wenn die Höhe ihrer Miete oder Belastung für angemessenen großen Wohnraum die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihres Haushalts überfordert. Fast die Hälfte aller Wohngeldempfangenden lebt allein (48,2 %), weitere

21,4 % leben in Zwei-Personen-Haushalten und 13,3 % in Drei-Personen-Haushalten, die übrigen 17,1 % in Haushalten mit vier oder mehr Personen. Die Gesamtausgaben für Wohngeld betragen im Jahr 2004 bundesweit knapp 5,2 Mrd. Euro, das waren 6,7 % mehr als 2003. Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 502/05

Vermittlung von Langzeitarbeitslosen. Die Sozialministerin des Freistaates Sachsen und Landräte aus sechs Optionslandkreisen gaben einen Auftrag zur Entwicklung eines neuen Instruments zur Vermittlung von Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen und -empfängern. Das Kernstück des so genannten „Job-Channel“ bildet ein TV- und web-basierter virtueller Arbeitsmarkt für Arbeitssuchende, Arbeitgeber und Fallmanagement. Den Unternehmen wird eine Plattform eröffnet, um ihre freien Stellen in einem etwa zweiminütigen Film im Web-TV darzustellen. Mit diesem Pilotprojekt wird gezeigt, dass die optierenden Kommunen in der Lage sind, auch ohne Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit neue und innovative Wege bei der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende zu beschreiten. Quelle: Pressemitteilung des Sächsischen Staatministeriums für Soziales Nr. 192/05

► Gesundheit

Finnland bewertet die Pflege. In Finnland prüft das staatliche Forschungszentrum für Wohlfahrt und Gesundheit (STAKES) seit dem Jahr 2000 eine Methode zur Bewertung von Qualität und Wirtschaftlichkeit von Pflegeeinrichtungen. Das Pilotprojekt im Auftrag des finnischen Gesundheitsministeriums arbeitet mit dem Resident Assessment Instrument (FinRAI). Das Benchmarking mit FinRAI soll helfen, die häusliche und stationäre Pflege des Landes zu verbessern und die steigenden Ausgaben zu begrenzen. Im Jahr 2005 erfassste das Projekt 20 % aller stationären sowie 10 % der ambulanten Pflegekunden. Öffentliche und private Anbietende von Pflegeleistungen dokumentieren soziodemographische Daten, Pflegebedarf, Indikatoren des Gesundheitszustands sowie Diagnosen und Medikation ihrer Kundinnen und Kunden. Ziel ist, die Zusammenarbeit zu optimieren, die Inanspruchnahme von medizinischen und sozialen Leistungen landesweit zu dokumentieren und Finanzierungs- und Vergütungssysteme für die Langzeitpflege weiterzuentwickeln. Quelle: Gesundheit und Gesellschaft 11.2005

Herzneurosen. Nicht immer beruhen Herzbeschwerden auf krankhaften Veränderungen des Herzens. Auch seelische Gründe können verantwortlich sein. Die Deutsche Herzstiftung mahnt, den Einfluss der Psyche auf das Herz ernst zu nehmen. Oft lassen sich mit gezielten Therapien deutliche Verbesserungen bewirken, wenn Patienten und Patientinnen an Beschwerden wie Herzrasen, Herzstolpern, Atemnot und Brustschmerzen leiden. Bei genauer Diagnose lässt sich in solchen Fällen oft eine Herzneurose erkennen, die zum Kreis der Angsterkrankungen zählt und psychisch bedingt ist. Informationen über Herzneurosen und ihre Behandlung bietet die Deutsche Herzstiftung in dem Sonderdruck „Seele kränkt Herz – Körperliche oder psychische Krankheit?“, der gegen Einsendung von 1,44 Euro in Briefmarken bezogen werden kann: Deutsche Herzstiftung, Vogtstr. 50, 60322 Frankfurt am Main, Tel.: 069/95 51 28-140, Fax: 069/95 51 28-313, E-Mail: koenig@herzstiftung.de

Glossar: Arbeit und Förderung in Werkstätten für behinderte Menschen. Hrsg. Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. Eigenverlag. Hürth 2005, 76 S., EUR 7,- *DZI-D-7343*

In diesem Glossar sind rund 380 Fachbegriffe mit Erläuterungen aufgenommen. Es wendet sich in erster Linie an Fachkräfte der Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen. Das Buch ist jedoch auch eine Quelle der Information für alle an Werkstattfragen Interessierte, die damit eine Möglichkeit haben, sich einen Überblick mit Erklärungen der relevanten Begriffe zu verschaffen. Bestellanschrift: Lebenshilfe-Verlag Nordrhein-Westfalen, Abstr. 21, 50354 Hürth, Tel.: 022 33/932 45-0, E-Mail: gar@lebenshilfe-nrw.de

Hospizstiftung. Die HypoVereinsbank gründete aus einem ihr zur Verfügung gestellten Nachlass eine Hospizstiftung unter dem Dach der Bayerischen Stiftung Hospiz. Zweck dieser Stiftung ist es, die Hospizidee in Franken, der Herkunftsregion des Erblassers, zu fördern. Geplant ist die jährliche Auslobung eines Preises für innovative Entwicklungen im Bereich des Aufbaus in ambulanten Netzwerken zur palliativmedizinischen, -pflegerischen und hospizlichen Versorgung. Daneben sollen Maßnahmen, die der Anerkennung und Wertschätzung der ehrenamtlichen Hospizhelferinnen und -helfer dienen, gefördert werden. Mit dieser Stiftungsgründung will die HypoVereinsbank auch Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen dazu ermuntern, die genannten Ziele mit kleineren oder größeren Zu-stiftungen beziehungsweise Unterstiftungen zu fördern. Quelle: Pressemitteilung der Bayerischen Stiftung Hospiz vom 2. Dezember 2005

Frauen und Rauchen in der Europäischen Union. Rauchen ist eine der Haupttodesursachen bei Frauen in der Europäischen Union (EU). Die tabakassoziierte Sterblichkeit steigt bei Frauen stetig an. Im Jahr 2000 starben mindestens 148 000 Frauen vorzeitig an tabakassoziierten Erkrankungen wie Krebs und Herzkrankheiten, das sind 7 % aller weiblichen Todesfälle. Die von der EU im Frühjahr 2005 lancierte HELP-Kampagne soll Raucherinnen ermutigen, diese Gewohnheit aufzugeben. Weitere Informationen: HELP: Für ein rauchfreies Leben. Eine Initiative der Europäischen Union, DG Gesundheit und Verbraucherschutz, www.help-eu.com

► Jugend und Familie

Soziales Frühwarnsystem. Es gibt inzwischen viele Anlaufstellen für Familien mit Problemen, doch meistens greift die Hilfe erst, wenn die Konflikte offensichtlich sind. In Nordrhein-Westfalen wurde deshalb ein „soziales Frühwarnsystem“ erprobt, mit dem Kindern in Notsituationen früher geholfen werden kann. „Das im vergangenen Jahr ausgelaufene Modellprojekt war so erfolgreich, dass es nun in kommunaler Regie auf andere Kommunen ausge-dehnt wird“, sagt Erwin Jordan vom Institut für Soziale Arbeit. Die Idee: Wenn eine Krankenschwester beobachtet, dass eine Mutter mit ihrem Neugeborenen nicht zurechtkommt, oder ein Installateur eine Wohnung betritt, in der die Familie im Müll lebt, können beide ihre Beobachtung bei Stellen melden, die zuvor in das Projekt eingebettet wurden. Zum Beispiel bei der Caritas, dem Ordnungsamt

oder der Polizei. In Bielefeld wird der Mutter dann Hilfe durch eine ehrenamtliche Patin angeboten, in Emmerich wird die Wohnung der Familie renoviert unter der Auflage, ihr Chaos besser zu verwalten. Das Angebot ist freiwillig. Nur wenige lehnten diese Einmischung von außen ab. Erwin Jordan: „Die große Mehrheit war über die Hilfe sehr froh.“ Informationen: www.soziales-fruehwarnsystem.de
Quelle: Sozialcourage 4.2005

Bürgerschaftliches Engagement als Bildungsziel (in) der Schule. Dokumentation. Hrsg. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Selbstverlag. Berlin 2005, 79 S., EUR 3,- *DZI-D-7240*

Dieser Reader dokumentiert die im Oktober 2004 durchgeführte Tagung des BBE am Frauenlob-Gymnasium in Mainz. Er versammelt die Vorträge der Tagung sowie die Berichte aus den Arbeitsgruppen zum Thema des Engagements als Bildungsziel in Schulen. Zudem werden eine Vielzahl von positiven Beispielen für die Verzahnung von Schule und bürgerschaftlichem Engagement gegeben. Bestellanschrift: BBE Bundesgeschäftsstelle, Michaelkirchstr. 17-18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-0

Kinder- und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen. Im Jahr 2004 stellten die Jugendämter in Nordrhein-Westfalen 7 627 Kinder und Jugendliche vorläufig unter Schutz, das waren 5,8% weniger als im Jahr zuvor. Die Mehrzahl der in Obhut Genommenen waren Jugendliche ab 14 Jahren. Kinder (unter 14 Jahren) waren in einem Drittel der Fälle betroffen. 57,5 % der betroffenen Kinder und Jugendlichen waren Mädchen. In der Hälfte der Fälle wurden die Maßnahmen auf Initiative des Jugendamtes oder der Polizei ergriffen. In einem Drittel der Fälle (2 534) ging das behördliche Eingreifen auf Initiative des Kindes oder Jugendlichen selbst zurück. In den übrigen Fällen wiesen Lehrerinnen, Lehrer, Ärzte, Verwandte, Nachbarn und andere die Behörden auf die Notsituation der jungen Menschen hin. Anlässe waren zumeist eine Überforderung der Eltern oder eines Elternteils beziehungsweise die Vernachlässigung des Kindes. Quelle: Pressestelle des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen Nr. 211/05

Lobbyarbeit für Frauenhäuser. Der Diözesan-Caritasverband Münster hat für die fünf Diözesan-Caritasverbände in Nordrhein-Westfalen (NRW) die Vertretung der katholischen Frauenhäuser auf Landesebene übernommen. Neben der politischen Interessenvertretung ist der DiCV Münster zuständig für Information und Koordination der Arbeit der Frauenhäuser in NRW. Bisher hatte die Bundeszentrale des Sozialdienstes katholischer Frauen in Dortmund diese Aufgaben erfüllt. Dort bleibt weiterhin die Zentrale Fachstelle für katholische Frauenhäuser angesiedelt, zu deren Schwerpunkten Fortbildung, konzeptionelle Weiterentwicklung der Frauenhausarbeit, Vertretung auf Bundesebene sowie länderübergreifende Aufgaben zählen. Quelle: Caritas in NRW Aktuell 6/05

Reisen für alle? Interkulturelle Öffnung von Kinder- und Jugendreisen. Praxishilfe. Von Melanie Werner. Verlag Naturfreundejugend Deutschlands. Remagen 2005, 80 S., EUR 2,50 + Versandkosten *DZI-D-7219* Rund eine Million Kinder in Deutschland kommen aus Familien mit Migrationshintergrund. Die meisten sind in

Deutschland geboren. An Kinder- und Jugendreisen nimmt diese Gruppe jedoch kaum teil. Welche Zugangsbarrieren bestehen und wie können sie ausgeräumt werden? Als Ergebnis eines Trainingsseminars mit dem Internationalen Jugendaustausch- und Besucherdienst der Bundesrepublik Deutschland und dem Servicebüro für Kinder- und Jugendreisen transfer e.V. hat die Naturfreundejugend Deutschlands methodische und praktische Hinweise für die Gewinnung dieser Zielgruppe zusammengestellt. Bestellanschrift: Naturfreundejugend Deutschlands, Haus Humboldtstein, 53424 Remagen, Tel.: 022 28/94 15-0, Fax: 022 28/94 12-22, E-Mail: info@naturfreundejugend.de

Louis-Lowy-Preis 2006. Die Gesellschaft für Social Groupwork e.V. verleiht im Jahr 2006 zum dritten Mal den Louis-Lowy-Preis. Der mit 765 Euro dotierte Preis, der vom Aachener ibs-Verlag gestiftet wird, soll an ein Praxisprojekt verliehen werden, das die soziale Gruppenarbeit im Bereich Schule fördert oder gefördert hat. Unter dem Thema „Soziale Gruppenarbeit in der Schule“ können sich interessierte Träger, Institutionen, Teams und Einzelpersonen für diesen Preis bewerben. Einsendeschluss ist der 31. Mai 2006. Informationen: Gesellschaft für Social Groupwork e.V., c/o Hartmut Zückner, Trichtergasse 16, 52064 Aachen

► Ausbildung und Beruf

Umsatzsteuer bei Supervisionsleistungen. In dem Urteil vom 20. Juni 2005 hat der Bundesfinanzhof (BFH) entschieden, dass Supervisionsleistungen keine heilberufliche Tätigkeit darstellen und deshalb nicht unter den Umsatzsteuerbefreiungstatbestand des § 4 Nr. 14 S.1 Umsatzsteuergesetz fallen (Az.: VR 1/02). Der BFH vertritt die Ansicht, die Supervision von Therapeutinnen und Therapeuten werde in einem Zusammenhang erbracht, der die Feststellung zulässt, das Hauptziel der Supervision sei nicht der Schutz und die Aufrechterhaltung der Gesundheit, sondern vielmehr die Professionalisierung und die Bewältigung spezifischer Probleme der therapeutischen Arbeit. Dies schließe eine Beurteilung der Supervisionstätigkeit als Heilbehandlung und damit auch die Umsatzsteuerbefreiung aus. Information: www.bundesfinanzhof.de/www/entscheidungen/2005.8.17/5R102.html Quelle: DGSv aktuell 3.2005

Masterstudiengang Organisationsentwicklung und Leitung. Im Herbst 2006 beginnt an der Ev. Fachhochschule Reutlingen-Ludwigsburg der Masterstudiengang Organisationsentwicklung, Beratung und Leitung in sozialen Organisationen. Er geht über die bestehenden Konzepte des Sozialmanagements hinaus, indem er auch die Agentinnen und Agenten des Wandels, also sowohl Fachkräfte für Leitung als auch für Beratung, mit einer spezifischen Kompetenz für Organisationsentwicklung/Change Management ausbildet. Das berufsbegleitende, viersemestrige Studium beginnt im September 2006 in Ludwigsburg. Informationen: ifw/Institut für Fort- und Weiterbildung der Ev. Fachhochschule Reutlingen-Ludwigsburg, Auf der Karlshöhe 2, 71638 Ludwigsburg, E-Mail: efh-reutlingen-ludwigsburg.de

Praxiseinsatz in den USA. Interkulturelle Kompetenz in sozialen Berufen ist heute mehr denn je gefragt. Mit dem Fachkräfteprogramm der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) „Council of International Programs CIP“ bietet

sich für Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe die Möglichkeit der Fortbildung in diesem Bereich. Unter dem Motto „Leben, arbeiten und lernen in den USA“ werden die Fachkräfte in arbeitsfeldspezifischen Praxisstellen eingesetzt. Gefördert wird das Programm aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes. Mit der Durchführung ist die AGJ beauftragt. Informationen: AGJ – Child and Youth Welfare Association, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/400 40-223, Fax: 030/400 40-232, E-Mail: renate.wisbar@agj.de, Internet: www.agj.de

Universitärer Studiengang für Nonprofit-Management. Im Frühjahr 2006 bietet die Westfälische Wilhelms-Universität Münster den bundesweit ersten berufsbegleitenden Masterstudiengang „Nonprofit-Management and Governance“ mit universitärem Abschluss an. Der von Wissenschaft und Praxis konzipierte, interdisziplinär angelegte Studiengang zielt darauf ab, künftiges Führungspersonal mit den Besonderheiten des Managements in Nonprofit-Organisationen (NPO) generell vertraut zu machen und sich im Rahmen einer Schwerpunktbildung für einzelne Bereiche besonders zu qualifizieren. Das Studium umfasst insgesamt vier Semester und eine Abschlussprüfung, die aus einer Masterarbeit und deren Disputation besteht. Die Lehrveranstaltungen finden in Form von je vier Blockseminaren (Freitag bis Sonntag) pro Semester statt und werden ergänzt durch ein intensives Selbststudium. Nach den ersten drei Semestern folgt ein Praktikum oder ein Praxisprojekt in einer NPO, im vierten Semester spezialisieren sich die Teilnehmenden auf ein Arbeitsfeld. Zugangsvoraussetzungen für das Masterstudium sind ein abgeschlossenes Hochschulstudium (mindestens B.A.) sowie Berufserfahrungen. Studienbeginn ist jeweils Anfang April und Anfang Oktober eines Jahres. Die Gesamtkosten für das Studium betragen 8 460 Euro. Bewerbungsschluss ist jeweils der 15. Februar beziehungsweise 15. August des Jahres. Quelle: Info 12/05 der Bank für Sozialwirtschaft

Tagungskalender

30.1.-1.2.2006 Loccum. Tagung: Darf Psychiatrie „verkauft“ werden? Landeskrankenhäuser zwischen Markt und öffentlicher Verantwortung. Anmeldung: Ev. Akademie Loccum, Postfach 21 58, 31545 Rehburg-Loccum, Tel.: 057 66/81-0, Fax: 057 66/81-900 E-Mail: Petra.Fleischer@evlka.de

3.2.2006 Darmstadt. Symposium: Ökonomie-Management-Ethik. Erfolgsfaktor Unternehmensethik? Ethisches Denken und Handeln in Wirtschaft und Management Sozialer Organisationen. Anmeldung: Ev. Fachhochschule Darmstadt, Abt. Fort- und Weiterbildung, Zweifalltorweg 12, 64293 Darmstadt, Tel.: 061 51/87 98-0, Fax: 061 51/87 98-58, E-Mail: management@efh-darmstadt.de

14.-16.2.2006 Hannover. Fachkongress Altenpflege 2006: Prävention und Prophylaxe – neue Konzepte und Ernährung. Information: Vincentz Network, Veranstaltungsdienste, Schiffgraben 43, 30175 Hannover, Tel.: 05 11/99 10-175, Fax: 05 11/99 10-199 E-Mail: Veranstaltungen@vincentz.net

15.-16.2.2006 Eisenach. Fachtag: „Wir gestalten mit.“ Wege und Chancen der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe. Information: Ev. Erziehungsverband e.V. EREV, Flüggestr. 21, 30161 Hannover, Tel. 05 11/39 08 81-0, Fax: 05 11/39 08 81-16, E-Mail: info@erev.de

2.-4.3.2006 Bonn. SIETAR Deutschland Symposium 2006: Interkulturelle Arbeitsfelder in Deutschland – Herausforderungen und Lösungsansätze. Information: Geschäftsstelle SIETAR Deutschland e.V., Postfach 31 04 16, 68264 Mannheim, www.sietar-deutschland.de

3.-4.3.2006 Weimar. Fortbildung: Grundlagen und Praxis der Ambulanten Soziotherapie. Information: Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V., Zeltinger Str. 9, 50969 Köln, Tel.: 02 21/51 10 02, Fax: 02 21/52 99 03 E-Mail: dgsp@netcologne.de

27.-28.3.2006 Frankfurt am Main. Seminar: Lösungs- und ressourcenorientiertes Beraten in der Sozialen Arbeit. Information: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Zeilweg 42, 60439 Frankfurt am Main, Tel.: 069/957 89-0, Fax: 069/957 89-190, E-Mail: info@iss-ffm.de

24.-26.4.2006 Weingarten. Seminar für Führungskräfte: Soziale Kompetenz – Verhalten steuert den Erfolg. Information: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Kirchstr. 7, 88250 Weingarten, Tel.: 07 51/56 86-0, Fax: 07 51/56 86-222, E-Mail: weingarten@akademie-rs.de